

Anwesend:

**Oberbürgermeister**

Oberbürgermeister Carsten Feist

**Mitglied SPD-Fraktion**

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Ratsmitglied Manuel Baruschke

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Ratsmitglied Christina Heide

Ratsmitglied Birgit Holtz

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld (anwesend ab TOP 13.1.1)

Beigeordneter Detlef Schön

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Ratsmitglied Kristian Stoermer

**Mitglied CDU-Fraktion**

Ratsmitglied Heidi Bosse

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Ratsmitglied Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Bürgermeisterin Astrid Zaage

**Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW**

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Michael Kiesewetter

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

**Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"**

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Ratsmitglied Petra Stomberg

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

**Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"**

Ratsmitglied Martin Burkhart  
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster  
Beigeordneter Miguel Schaar/Br. Franziskus  
Ratsmitglied Walther Schäfer

**Mitglied AfD-Fraktion**

Ratsmitglied Torsten Kastrioti  
Ratsmitglied Thorsten Moriß  
Ratsmitglied Detlef Stump (anwesend ab TOP 5.1.1)

**Dezernent**

Erster Stadtrat Armin Schönfelder  
Stadtbaurat Nikša Marušić  
Stadtkämmerer Thomas Bruns

**von der Verwaltung**

Leitung Referat 5 - Referat für Recht, Kommunalverfassungsangelegenheiten, Kultur, Bildung und Sport Marion Winkel-Fiedelak  
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth  
Fachbereich Kommunikation & Koordination Alexander Ajwasow  
Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

**Protokollführerin**

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

**Es fehlte entschuldigt**

Ratsmitglied Ulf Berner  
Ratsmitglied Martin Ehlers  
Ratsmitglied Michael von den Berg

**als Gast**

Baugeschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven Oliver Leinert

**A. Nichtöffentlicher Teil**

**B. Öffentlicher Teil ab Seite 3**

**Einwohnerfragestunde auf Seite 4 und 14**

Zunächst fand der nichtöffentliche Teil der Sitzung statt.

## B. Öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

- |        |                                                                                                                                           |                 |
|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| 8      | Einwohnerfragestunde I<br>(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)                        |                 |
| 9      | Aktuelle Stunde                                                                                                                           |                 |
| 10     | Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses                                                                               |                 |
| 11     | Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten                                                                              |                 |
| 11.1   | Sachstand Tourismuskonzept                                                                                                                |                 |
| 12.1   | Neue Mitglieder für den Schulausschuss aus dem Stadtschülerrat                                                                            | <b>3/2024</b>   |
| 13.1   | Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Ratsherr Moriße)                                                                     |                 |
| 13.1.1 | Benutzungs- und Gebührensatzung Fahrradstation Nordseepassage                                                                             | <b>5/2024</b>   |
| 14.1   | Interfraktioneller Antrag Grüne & GfW / WIN@WBV, Berner, FDP, FW / CDU / Die Buntten: Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven   | <b>606/2023</b> |
| 14.2   | Antrag Gruppe Die BUNTEN: Änderung der Hauptsatzung                                                                                       | <b>502/2024</b> |
| 14.3   | Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Runder Tisch ÖPNV                                                                                 | <b>501/2024</b> |
| 14.4   | Antrag Gruppe Die BUNTEN: Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft                                                               | <b>503/2024</b> |
| 15     | Einwohnerfragestunde II<br>(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates) |                 |

### 6 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

**Herr Schön** wies darauf hin, dass keiner der Tagesordnungspunkte aus dem öffentlichen Teil Gegenstand der nichtöffentlichen Sitzung gewesen sei. Aus diesem Grunde halte er die in den Medien veröffentlichten Vorwürfe, es fehle nunmehr an Transparenz, für nicht nachvollziehbar.

Auf die Bemerkung von **Herrn Brandt**, er vermisse die Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan Krankenhaus 2024, erklärte **Oberbürgermeister Feist**, dieser befinde sich in der finalen Abstimmung und werde in der nächsten Ratssitzung auf die Tagesordnung gelangen.

**Beschluss:** einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird in der vorgelegten Form festgestellt.

### 7 Genehmigung des Protokolls über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 29.11.2023 sowie vom 20.12.2023 (soweit vorliegend)

**Herr Burkhart** wiederholte seine Bitte, die Aufzeichnung der Sitzung vom 20.12.2023 nach Genehmigung nicht zu löschen, da diese gegebenenfalls als Beweismittel in einem Kommunalaufsichtsverfahren benötigt werde.

**Herr Tönjes** zeigte sich erstaunt über die Zustimmung über den Zuschussantrag der Aids-Hilfe in der Sitzung am 29.11.2023 und bat, auch diese Aufzeichnung nicht zu löschen, um sich selbst ein Bild machen zu können.

Die Abstimmung über die Protokolle erfolgte auch hier getrennt:

**1) 29.11.2023**

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt

(bei 36 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 29.11.2023 wird genehmigt.

**2) 20.12.2023**

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt

(bei 32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 8 Enthaltungen)

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des Rates vom 20.12.2023 wird genehmigt.

- 8 Einwohnerfragestunde I  
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

- 9 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

- 10 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

- 11 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

**Oberbürgermeister Feist** zog den Tagesordnungspunkt 11.1 zurück.

Anschließend teilte er mit, dass, anders als in der Presse dargestellt, die Änderung der Geschäftsordnung nicht auf seine Anordnung erfolgt sei, sondern vielmehr das Ergebnis von Diskussion und Beschlussfassung im Rat darstelle.

Er berichtete weiterhin, dass er die im Rat am 20.12.2023 beschlossene Neuordnung der Dezernatsstruktur intern in Zusammenarbeit mit Juristen des Niedersächsischen Städtetages habe prüfen lassen. Die Prüfung habe ergeben, dass diese rechtmäßig sei. Daher werde die Änderung nunmehr umgesetzt; sie trete am 25.01.2024 in Kraft.

Die von Frau Muth in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vorgestellte Präsentation mit den Zahlen zur Ratsarbeit stehe im Ratsinformationssystem als Anlage zur Ausschusssitzung zur Verfügung.

**Oberbürgermeister Feist** berichtete ferner über die wesentlichen Inhalte der Videokonferenz mit Vertretern der Stadt Kremenchuk (Ukraine) vom 19.01.2024. **Herr Schaar** dankte dem Oberbürgermeister dafür, im Rahmen dieser Videokonferenz die Solidarität der Stadt mit dem ukrainischen Volk versichert zu haben. **Herr Moriß** betonte, die AfD-Fraktion stehe nicht nur an der Seite der Ukraine, sondern auch an der Seite Israels.

Abschließend schilderte Oberbürgermeister Feist den Besuch mit Vertretern aus den Umlandgemeinden bei der jüdischen Gemeinde in Oldenburg.

Danach informierte **Herr Schönfelder** über den aktuellen Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Unterbringung von Geflüchteten und beantwortete eine Nachfrage von **Herrn Burkhardt**.

11.1 Sachstand Tourismuskonzept

zurückgezogen

12 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat  
(Beigeordneter Block)

12.1 Neue Mitglieder für den Schulausschuss aus dem Stadtschülerrat **3/2024**

**Herr Block** trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.01.2024 vor.

**Beschluss:** einstimmig zugestimmt

Auf Vorschlag des Stadtschülerrates werden als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder in den Schulausschuss berufen:

Für die Schülerschaft der allgemeinbildenden Schulen als Mitglied Frau Zoe-Jean Baumgarten, Gnesener Str. 75, 26388 Wilhelmshaven, und als stellvertretende Mitglieder Herr Kian Jäger, Am Neuender Busch 43, 26386 Wilhelmshaven, und Herr Muslim Moustafa, Grashaus 17, 26389 Wilhelmshaven.

Für die Schülerschaft Berufsbildenden Schulen als Mitglied Herr Ragu Yogaraj, Akazienstr. 19, 26419 Schortens, und als stellvertretendes Mitglied Herr Leon Klöker, Kurt-Schumacher-Str. 236, 26389 Wilhelmshaven.

13 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat13.1 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven  
(Ratsherr Moriße)13.1.1 Benutzungs- und Gebührensatzung Fahrradstation Nordseepassage **5/2024**

**Herr Becker** trug in Vertretung für Herrn Moriße den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe vom 12.01.2024 vor.

**Frau Kloster** brachte einen **Änderungsantrag** für die Gruppe GRÜNE und GfW ein:

*„Die als Anlage beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung wird um einen neuen Punkt 4 im §6 (Gebührenscheid, Fälligkeit der Gebühren und Erhebungsverfahren) ergänzt. Die fortlaufende Nummerierung wird angepasst.“*

§6Punkt 4 NEU

*Für Personen mit Einschränkungen (hier mind. GdB 50%), Studierende und Schüler\_innen sowie Inhaber\_innen der Wilhelmshavener EhrenamtsCard gelten folgende ermäßigte Gebühren*

*a) Unterstellung eines Fahrrads je Jahr: 60 €*

*b) Nutzung eines Schließfaches je Jahr: 50 €.“*

Ein weiterer **Änderungsantrag** wurde von **Herrn Moriße** für die AfD-Fraktion eingebracht:

Die Benutzungs- und Gebührensatzung für die  
Fahrradstation in der Nordseepassage wird wie folgt geändert:

Alt: Die Gebühr für die Unterstellung eines Fahrrades beträgt  
24-Stunden-Zeitraum (automatische Verlängerung bei Nichtabholung) 1,00.

**Neu: 24 Stunden Zeitraum 5,00 €**

Alt: je Monat (bei Erwerb einer Monatskarte) 8,00 €

**Neu: je Monat ( Erwerb einer Monatskarte 16.00€**

Alt: je Jahr (bei Erwerb einer Jahreskarte) 80,00 €

**Nau: je Jahr ( bei Erwerb einer Jahreskarte ) 150,00 €**

Die Gebühr für die Nutzung eines Schließfaches beträgt

Alt: je Monat (bei Erwerb einer Monatskarte) 6,00€

**Neu: 10,00 €**

Alt : je Jahr (bei Erwerb einer Jahreskarte) 60,00 €

**Neu 90,00 €**

Alt: Für Personen mit Einschränkungen (hier mind. GdB 50%), Studierende und Schüler\*in\*ne sowie Inhaber\*innen der Wilhelmshavener EhrenamtsCard gelten folgende ermäßigte Gebühren

Alt: a. Unterstellung eines Fahrrads je Jahr 60,00 € **Neu: 70,00 €**

Alt: b. Nutzung eines Schließfaches je Jahr 50,00 € **Neu: 60,00 €**

**Herr Marušić** machte darauf aufmerksam, dass die Kosten für die Einrichtung eines Pkw-Parkplatzes wesentlich höher lägen, als für die Einrichtung einer Fahrradstation. Diese sei zudem gefördert. Sollten die Nutzungsgebühren für die Fahrradstation drastisch erhöht werden, bleibe diese leer. Dies wiederum laufe dem eigentlichen Zweck, nämlich der Förderung des Radverkehrs, zuwider.

**Frau Mandt, Herr Baruschke, Herr Fischer, Herr Tönjes und Herr Burkhardt** sprachen sich ebenfalls gegen den Änderungsantrag der AfD-Fraktion aus. Eine Bevorzugung des Radverkehrs, wie von Herrn Moriße vorgetragen, sei nicht erkennbar; vielmehr sei es gerade Sinn und Zweck des Beschlussvorschlages, andere Verkehrsmöglichkeiten zu eröffnen und Alternativen aufzuzeigen. Zudem werde mit der Beschlussvorlage ein kostendeckender Vorschlag vorgelegt, anders als mit dem Änderungsantrag bezweckt.

**Herr Moriße** prophezeite, der Fahrradstand werde leer bleiben.

Der **Änderungsantrag der AfD-Fraktion** wurde daraufhin bei 3 Ja-Stimmen und 39 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

**Herr Brandt** bezog sich auf den Änderungsantrag der Gruppe GRÜNE und GfW und warf die Frage auf, warum die Vergünstigungen nicht auch für Bürgergeld- und Grundsicherungsempfänger gelten würden.

**Herr Moriße** wies darauf hin, dass für den Fahrradstand hohe Baukosten anfielen und die Unterhaltskosten noch gar nicht beziffert seien. Angesichts der Finanzlage der Stadt halte er weitere Vergünstigungen für nicht sinnvoll. Seine Fraktion spreche sich für eine gleichberechtigte Verkehrspolitik aus und nicht für die Bevorzugung einer Seite.

Nach einem weiteren Wortwechsel zwischen **Herrn Burkhardt** und **Herrn Moriße** **beantragte Herr Brandt**, dass die Ermäßigungen im Änderungsantrag um Bürgergeld- und Grundsicherungsempfänger erweitert würden.

An der Diskussion über die von Herrn Brandt eingebrachte Änderung beteiligten sich **Herr Marušić, Frau Mandt, Frau Schröder, Herr Suberg, Herr Dr. Schulte, Herr Burkhardt, Herr Block, Frau Bakir-Block, Frau Heide, Herr Bulla, Herr Walzner und Herr Schaar**. Dabei ging es hauptsächlich um die Frage, wie der Bezug dieser Leistungen nachgewiesen werden könne, ohne die Betroffenen bloß zu stellen. Ebenso wurde die Frage aufgeworfen, inwiefern eine solche Ermäßigung an dieser Stelle überhaupt erforderlich sei.

**Herr Moriße** beantragte daraufhin die **Verweisung** an einen Fachausschuss.

Zum Geschäftsordnungsantrag meldeten sich die Herren Marušić, Heinemann, Schaar, Tönjes und Block zu Wort, bevor dieser bei 3 Ja-Stimmen und 39 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt** wurde.

**Herr Brandt** erklärte, er **ziehe seinen Änderungsantrag zurück**.

Der **Änderungsantrag der Gruppe GRÜNE und GfW** wurde anschließend bei 38 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(inklusive Änderung, bei 38 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die als Anlage beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung für die Fahrradstation in der NordseePassage.

Die als Anlage beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung wird um einen neuen Punkt 4 im §6 (Gebührenscheid, Fälligkeit der Gebühren und Erhebungsverfahren) ergänzt. Die fortlaufende Nummerierung wird angepasst.

§6

Punkt 4 NEU

Für Personen mit Einschränkungen (hier mind. GdB 50%), Studierende und Schüler\_innen sowie Inhaber\_innen der Wilhelmshavener EhrenamtsCard gelten folgende ermäßigte Gebühren

a) Unterstellung eines Fahrrads je Jahr: 60 €

b) Nutzung eines Schließfaches je Jahr: 50 €.

*(ergänzt auf Antrag der Gruppe GRÜNE und GfW im Rat am 24.01.2024)*

#### 14 Anträge

##### 14.1 Interfraktioneller Antrag Grüne & GfW / WIN@WBV, Berner, FDP, FW / CDU / Die Buntten: Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven **606/2023**

**Herr Burkhart** brachte den Antrag ein und verwies auf den Vergabungsantrag sowie den damit verbundenen Arbeitsauftrag.

**Herr Bruns** wies auf die schwierige Datenermittlung hin, da die Daten nicht an zentraler Stelle abrufbar seien. Folgende Daten seien ermittelbar gewesen: Grundstücks An- und Verkäufe des Eigenbetriebes GGS habe es in den letzten Jahren zwischen zwei und drei gegeben.

Schwieriger seien die Verträge über Lieferungen und Leistungen zu ermitteln gewesen, da es hier keine zentrale Vorhalte gebe und erst ab 50 T€ eine Vorlagepflicht bei der Vergabestelle bestehe. Für Vergaben unter 50 T€ habe die Vergabestelle für das Jahr 2022 eine Zahl von 31 Fällen ermitteln können. Diese Zahl müsse jedoch nach oben korrigiert werden, da hierzu diejenigen Vergaben gezählt werden müssten, die in den Fachbereichen ohne Beteiligung der Vergabestelle vorgenommen worden seien. Darüber hinaus habe das Rechnungsprüfungsamt eine Auflistung von Vergaben, die über 25 T€ lagen, hergeben können. Die Zahl liege hier bei 260. Da wiederum lasse sich nicht ermitteln, welche dieser Vergaben über 50 T€ lagen und sich damit auch in der

Aufstellung der Vergabestelle wiederfänden. Bei der Überschreitung von Haushaltsmitteln habe es jährlich ein bis vier Fälle gegeben.

Er wolle außerdem darauf aufmerksam machen, dass bei einer Änderung der Hauptsatzung auch eine Reihe von Dienstanweisungen und Betriebssatzungen anzupassen seien. Darüber hinaus könne es zu Schwierigkeiten bei den zeitlichen Abläufen von Vergaben kommen, wenn zunächst eine Ratsentscheidung eingeplant werden müsse.

**Herr Heinemann** beantragte die **Vertagung** der Beschlussfassung über diesen Antrag.

**Frau Dr. Kirstges** bat darum, die Informationen schriftlich zur Verfügung zu stellen.

**Herr Burkhardt** ergänzte, die Daten um Angaben zu ergänzen, wie die Hauptsatzungen anderer kreisfreier Städte in Niedersachsen hinsichtlich der Vergaben gestaltet seien.

**Herr Stump** signalisierte die Ablehnung der AfD-Fraktion sowohl zum Geschäftsordnungsantrag als auch gegenüber dem Antrag.

**Herr Bruns** machte darauf aufmerksam, dass bei weiterer Ermittlung alle Fachbereiche abgefragt werden müssten.

**Frau Kloster** und **Herr Heinemann** zeigten sich übereinstimmend damit einverstanden, dass die Ermittlung der Daten nicht bis zur nächsten Ratssitzung abgeschlossen sein müsse.

Auf Bitten von **Herrn Tönjes** wurde die Sitzung von **16:00 Uhr bis 16:08 Uhr** für gruppeninterne Beratungen **unterbrochen**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Abstimmung über den Vertagungsantrag.

Der **Vertagungsantrag** wurde bei 40 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

**Beschluss: vertagt**

Die Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven wird in den nachfolgenden Punkten geändert:

**§4 Ratszuständigkeit**

Abs.1

**Alt:**

Über Rechtsgeschäfte nach § 58 Abs.1 Nr. 14NKGesVg beschließt der Rat, wenn der Vermögenswert 50.000,-€ übersteigt.

**Neu:**

Über Rechtsgeschäfte nach § 58 Abs.1 Nr. 14 NKomVg beschließt der Rat, wenn der Vermögenswert **25.000,-€** übersteigt.

## Abs.3

**Alt:**

Der Rat behält sich gem. §58 Abs.3 S.2 NKomVG die Verfügung über veranschlagt Haushaltsmittel bei Grundstückskäufen über 500.000,-€ vor.

**Neu:**

Der Rat behält sich gem. §58 Abs.3 S.2 NKomVG die Verfügung über veranschlagt Haushaltsmittel bei Grundstückskäufen über **200.000,-€** vor.

**§7 Geschäfte der laufenden Verwaltung**

## Abs.1 Ziffer c

Rechtsgeschäfte oder Verhandlungen, bei denen im Einzelfall folgende Wertgrenzen nicht überschritten werden:

- An- und Verkauf von Grundstücken  
streiche 50.000,-€                      setze 25.000,-€
- Bei Verträgen über Lieferungen und Leistungen  
streiche 50.000,-€                      setze 25.000,-€
- Bei Verfügungen über Haushaltsmittel  
streiche 50.000,-€                      setze 25.000,-€.

14.2 Antrag Gruppe Die BUNTEN: Änderung der Hauptsatzung**502/2024**

**Herr Tönjes** brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

An der Diskussion über die Frage, ob neben der bereits beschlossenen Möglichkeit, Tonaufnahmen durch einen Anbieter anfertigen zu lassen, auch Videoaufnahmen zugelassen werden sollten, beteiligten sich die **Herren Schön, Fischer, Moriße, Heinemann, Dr. Weithöner** und **Oberbürgermeister Feist**.

Der von **Herrn Tönjes** daraufhin eingebrachte **Antrag auf Anhörung** eines der anwesenden Journalisten wurde nach einer Wortmeldung von **Herrn Burkhardt** bei 9 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

**Herr Tönjes** nahm abschließend Stellung zum Antrag und appellierte, diesem zuzustimmen.

**Beschluss:** mehrheitlich abgelehnt  
(bei 9 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,

1. der Ratsbeschluss 512/2021 wird aufgehoben.

2. die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut beigefügtem Entwurf.

Die Hauptsatzung wird geändert, indem ein neuer § 13 eingefügt wird. Durch die Einfügung verschiebt sich der bisherige Paragraph um eine Nummerierung.

3. Die Satzung wird vom Oberbürgermeister am 25.01.2024 verkündet.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt wurde die Sitzung für eine **Pause von 16:28 Uhr bis 16:44 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der übrigen Anträge.

14.3 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Runder Tisch ÖPNV **501/2024**

**Herr Fischer** brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

**Herr Block** erklärte, die SPD-Fraktion werde den Antrag ablehnen: Die personelle Situation der Stadt sei ohnehin strapaziert, zudem gebe es bereits eine verwaltungsinterne ÖPNV-Runde. Die Politik sei über den Ausschuss für Planen und Bauen ins Thema eingebunden. Eine Notwendigkeit für einen solchen Arbeitskreis werde daher nicht gesehen.

**Herr Marušić** stimmte den Ausführungen von Herrn Block zu. Zum einen sei der Bereich „ÖPNV“ aktuell mit nur einer Person besetzt, zum anderen solle die interne ÖPNV-Runde wieder aufleben. Es stelle sich die Frage, ob ein weiteres Gremium in diesem Fall überhaupt genug ausgelastet sei. Um dies mit Leben zu füllen, sei ein verhältnismäßig hoher Aufwand vonnöten, was wiederum personell nicht ohne Weiteres darstellbar sei. Die Politik könne sich über den Fachausschuss ausreichend gestaltend beteiligen.

**Herr Fischer** stellte klar, dass der beantragte Runde Tisch dem Austausch dienen solle, nicht aber der Beschlussfassung. Aufgrund des offensichtlich bestehenden Beratungsbedarfes beantrage er daher die Vertagung des Antrages.

Nach Wortmeldungen der **Herren Moriß** und **Schaar** zum Vertagungsantrag warf **Oberbürgermeister Feist** die Frage auf, ob die Verweisung an einen Fachausschuss nicht zielführender sei.

**Herr Fischer** änderte daraufhin seinen Geschäftsordnungsantrag in einen Antrag auf **Verweisung an einen Fachausschuss** ab.

Diesem Geschäftsordnungsantrag wurde nach Wortmeldungen der **Herren Tönjes** und **Heinemann** bei 39 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

**Beschluss:** an Fachausschuss **verwiesen**

Der Rat beschließt,  
die Verwaltung wird beauftragt, einen „Runden Tisch ÖPNV“ einzurichten. Dabei sind Vertreterinnen und Vertreter der Politik, der regionalen Verkehrsbetriebe, der Verwaltung und der Stadtgesellschaft einzubinden.

14.4 Antrag Gruppe Die BUNTEN: Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft **503/2024**

**Herr Tönjes** brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

**Herr Heinemann** beantragte für die CDU-Fraktion die folgende **Änderung**:

*„Der Text der Vorlage wird ersetzt durch:*

*Der Rat beschließt:*

*Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtliche Zulässigkeit der Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in Wilhelmshaven zu prüfen und dem Rat darüber zu berichten.“*

Die **Herren Schön** und **Tönjes** erklärten, den Änderungsantrag ablehnen zu wollen, da dies bereits Inhalt des Antrages sei.

**Herr Stump** hielt die Änderung für eine gute Idee, zweifelte aber die Finanzierbarkeit an.

**Herr Dr. Schulte** signalisierte die Zustimmung seiner Gruppe zum Änderungsantrag, da dies der rechtlich richtige Weg sei. Zudem sah er die rechtlichen Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Betätigung der Stadt nicht erfüllt.

**Herr Schaar** sah die Notwendigkeit einer Wohnungsbaugesellschaft als gegeben. Wohnungsbau sei wichtig für die Entwicklung der Stadt. Den Änderungsantrag werde die Gruppe GRÜNE und GfW daher ablehnen.

**Herr Schönfelder** verwies auf die Vorgaben aus dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz für die wirtschaftliche Betätigung einer Kommune. Der Errichtung müsse eine Prüfung vorausgehen, was bislang noch nicht erfolgt sei. Der Antrag sei daher schlicht falsch. Der Oberbürgermeister müsse im Falle eines Beschlusses diesen beanstanden oder der Kommunalaufsicht zur Prüfung

vorlegen. Aus diesem Grunde stelle der Änderungsantrag den richtigen Weg dar. Abschließend warnte er vor voreiligen Beschlüssen.

**Herr Dr. Weithöner** hielt es für problematisch, mit öffentlichen Geldern in einen Markt einzusteigen, der, zumindest für die Stadt, gesättigt sei. Auf diesem Segment gebe es andere Städte mit wesentlich höherem Bedarf. Sollte die Stadt sich mit öffentlichen Geldern in die Privatwirtschaft einmischen, sei dies nicht zulässig.

Nachdem **Frau Bakir-Block** die Vorteile einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft aufgezeigt hatte, verdeutlichte **Herr Stoffers** die Intention des Änderungsantrages: Sollte diesem zugestimmt werden, bedinge das nicht automatisch die Ablehnung der Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. Es müsse nur zunächst eine sehr intensive Prüfung stattfinden, ob die Gründung einer solchen Gesellschaft überhaupt möglich sei. Erst danach könne ein Beschluss über eine mögliche Gründung erfolgen. Außerdem müsse das zu gründende Unternehmen in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kommune stehen. Und gerade diese fehle nach Einschätzung der Kommunalaufsicht. Er halte eine vorgeschaltete Prüfung daher für unumgänglich.

Nach weiteren Wortmeldungen von **Herrn Stoermer, Oberbürgermeister Feist, Herrn Baruschke** und **Herrn Heinemann** wurde der Änderungsantrag bei 17 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

An der folgenden Diskussion über die Frage, ob eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft erforderlich ist, beteiligten sich **Herr Schön, Herr Baruschke, Herr Morixe, Frau Dr. Kirstges, Herr Heinemann, Oberbürgermeister Feist, Herr Werner, Herr Dr. Schulte, Herr Schaar, Herr Schäfer, Herr Block** und **Herr Tönjes**.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(bei 22 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen (darunter Frau Mandt und Herr Suberg, CDU-Fraktion; Herr Morixe, AfD-Fraktion und Herr Becker, Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW) und 2 Enthaltungen (darunter Frau Dr. Kirstges, Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW))

Der Stadtrat erklärt seinen Willen, eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft für Wilhelmshaven zu gründen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Beschlussvorlage zu erarbeiten und dem Rat und den Ausschüssen bis zur regulären Ratssitzung im September 2024 vorzulegen.

- 15 Einwohnerfragestunde II  
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung  
gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Da keine Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

**Ende der Sitzung: 17:35 Uhr**

gez.

\_\_\_\_\_  
Becker  
Ratsvorsitzender

gez.

\_\_\_\_\_  
Feist  
Oberbürgermeister

gez.

\_\_\_\_\_  
Rogel  
Protokollführerin